

Antragsbereich D: Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D3_14/2

1 Antragssteller*innen: Juso-Hochschulgruppe Frankfurt/Main

2

3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4

5 **D3_14/2 F*CK AfD - Rechtspopulismus be-** 6 **kämpfen!**

7

8 Die „Alternative für Deutschland“ erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Mit 4,7 % verfehlte sie
9 bei der letzten Bundestagswahl nur knapp die 5%-Hürde. Bei der Europawahl im Frühjahr 2014
10 erreichte sie sogar 7,1% und hat seitdem 7 Abgeordnete im Europaparlament. Das mag vielleicht
11 nach wenig klingen, aber nicht erst seit heute ist europaweit ein Trend hin zu europaskeptischen
12 und rechtspopulistischen Parteien zu beobachten. Einige dieser Parteien bewegen sich im rechts-
13 radikalen und antisemitischen Spektrum. Diesen europaweiten Trend müssen wir mit Besorgnis
14 zur Kenntnis nehmen.

15 Seit der Europawahl ist die AfD auch in diverse Landtage eingezogen. Die akademisch geprägte
16 Männerpartei hetzt nicht nur gegen den Euro, sondern auch gegen Einwanderung, Geflüchtete
17 und den „Gender-Wahn“. Schon in ihrer europapolitischen Haltung - raus aus dem Euro und
18 Rückkehr zum Nationalstaat - offenbarte sich der reaktionäre Charakter der AfD. Doch hinzu
19 kommt die verkürzte, in ein gegensätzliches „Wir“ und „Ihr“ einteilende Systemkritik und das
20 Vermitteln ihrer Positionierungen als gesellschaftliche Tabubrüche. Nicht zuletzt finden in ihren
21 Reihen auch Rechtsradikale eine politische Heimat.

22

23 Die Position der SPD zur AfD ist im Gegensatz zu der der Union klar ablehnend. Denn zwar be-
24 zeichnete Wolfgang Schäuble die AfD als „Schande für Deutschland“, doch innerhalb der Union
25 gibt es genug Äußerungen, die eine Koalition mit der AfD nicht ausschließen wollen oder eine
26 solche gar befürworten. Kommunal gibt es vereinzelt bereits derartige Kooperationen. Die AfD
27 gewinnt ihre Wähler*innen vor allem aus dem bürgerlichen Lager. Bedenklich ist, dass sie gerade
28 bei jungen Menschen viele Wähler*innenstimmen generieren konnte.

29

30 Das bildungs- und hochschulpolitische Programm der AfD steht unserer Vorstellung einer inklusi-
31 ven Bildungslandschaft entgegen. Denn Selektion ist für die AfD ein wichtiger Mechanismus, so-
32 wohl innerhalb der Gesellschaft, als auch im Bildungssystem. Ihre Positionen sind geprägt von
33 elitärem Denken und das Leistungsprinzip ist ihr vorherrschender bildungspolitischer Leitgedan-

34 ke. In der Folge lehnt die AfD sowohl ein durchlässiges Bildungssystem, als auch eine Demokrati-
35 sierung der Bildungslandschaft ab.

36 Nun haben sich neben der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland“, deren
37 Mitglieder nicht selten in Verbindung zu rechten Burschenschaften stehen, an vielen Hochschulen
38 bundesweit AfD-Hochschulgruppen gegründet - in Freiburg, Würzburg, Tübingen, Mittweida,
39 Frankfurt am Main, Bayreuth, Erfurt, Göttingen und Mannheim.

40

41 Als Juso-Hochschulgruppen - als sozialistischer, queerfeministischer und internationalistischer
42 Verband - müssen wir auf diese Entwicklung reagieren. Wir sehen die AfD als bürgerliche Gefahr
43 von Rechts, die es politisch zu bekämpfen gilt. Deshalb werden wir die Aktivitäten der AfD - auch
44 und gerade an den Hochschulen - weiterhin beobachten und uns ihnen stets entschieden entgegen-
45 stellen. Dabei müssen wir über ihre Programmatik und deren Auswirkung aufklären und diese
46 entlarven. Auch ihre Verbindungen in die rechte Szene gilt es dabei aufzuzeigen. Im politischen
47 Kampf gegen die AfD ist die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und uni-
48 versitären Initiativen für uns selbstverständlich. Grundpfeiler für die Bekämpfung rechten Ge-
49 dankenguts ist und bleibt die politische Bildungsarbeit. Die Juso-Hochschulgruppen kritisieren
50 deshalb auch das Verhalten von einigen Hochschulen, die Beschlüsse der Studierendenschaft, sich
51 mit Gegnern der AfD zu solidarisieren, für rechtswidrig zu erklären, da dies das Hochschulpoliti-
52 sche Mandat überschreite. Wir verstehen dies als weiteren Versuch, die Studierendenschaft zu
53 entpolitisieren bzw. den Studierenden die eigene politische Meinung aufzuzwingen. Dagegen
54 müssen wir uns als Juso-HSGn entschieden und vehement wehren.

55

56 Rechtes Gedankengut bekämpfen wir überall - auch an den Hochschulen! Sie dürfen nie wieder
57 der Ort sein, an dem menschenfeindliche Ideologien verbreitet werden.